



Diana Golze  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 72329

 (030) 227 – 76329

 Diana.Golze@bundestag.de

### Nur eine Ampel ...

... für etwas Sicherheit. Nach dem Artikel in der MAZ vom 24.09.2007 – *Behörden sehen trotz Abgeordnetenbrief keinen Handlungsbedarf* – sich um eine zusätzliche Ampel auf der Niemecker Straße zu kümmern, riefen mich viele ältere Bürger Belzigs an.

„Ja, es ist richtig, dass die Schülerinnen und Schüler auf der einen Seite der Straße bis zur Ampel geführt werden sollen. Das Wichtigste aber – sie können es auch noch. Aber was ist mit uns Alten“, so eine Dame am Telefon. „Wir können nicht die 500 m bis zur Ampel laufen und dann wieder zurück“. Ein älterer Herr sieht die Niemecker Straße auch nicht als Unfallschwerpunkt, aber in „seinem Alter hat er doch schon ein wenig Angst die Straße zu überqueren“. Und es geht vielen genau so, besonders im Herbst und im Winter.

Paragraf 1 der Straßenverkehrsordnung sieht gegenseitige Rücksichtnahme vor, dies wurde von den politischen Verantwortlichen als Gegenargument für eine zusätzliche Ampel oder Zebrastreifen benutzt. Ja, warum werden denn nicht gleich alle Ampeln oder Verkehrsschilder abmontiert? Muss erst Schlimmeres passieren, bevor gehandelt wird? Warum nehmen die örtlichen Verantwortlichen keine Rücksicht auf die Interessen der Senioren der Stadt? Sie wollen lediglich über die Straße in ihre Gärten, ohne dabei Angst haben zu müssen. „Einst sicherten vier Ampeln den Übergang über die damalige Bundesstraße. Doch seit die Straße eine Kreisstraße ist, wurden drei abmontiert. „Wenn sie nur eine wieder in Betrieb nehmen könnten, das würde uns reichen und müsste finanziell machbar sein“, so eine ältere, aber noch rüstige Dame, die extra in unsere Kreisgeschäftsstelle kam, um uns dies mitzuteilen. Danke!

Ich bitte den Kreisstraßenbetrieb Potsdam-Mittelmark, Rathaus und Polizeiwache Belzig sich des Problems anzunehmen und darüber nachzudenken, wie der Weg für alle Bürgerinnen und Bürger, sei es Schüler oder Rentner, sicherer gemacht werden kann. Es besteht dringend Handlungsbedarf seitens der politisch Verantwortlichen!

PRESSMITTEILUNG